Bild: HPR Land Berlin, Michael Laube

Der Hauptpersonalrat im Gespräch...

Am **26.01.2022** hatten wir, Daniela Ortmann und Susanne Stecher, für den HPR ein erstes Gespräch mit der **Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey**.

Es galt, sich kennen zu lernen und beiderseits im echten Wortsinn „in Kommunikation“ zu treten.

Wir haben die Rolle und Aufgabe des HPR, so wie wir sie sehen dargelegt: eine landesweit vernetzte, gut informierte und eindeutige Vertretung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wir stoßen selbst Themen an und fassen hartnäckig nach, gehen mit Vorlagen der Dienststellen konstruktiv-kritisch um.

Frau Giffey hat uns aufmerksam zugehört, kritisch nachgefragt, wir waren schnell in einem offenen Austausch mit klaren Aussagen und guter Diskussion.

Unsere Sicht auf die Personalnot in vielen Behörden, auf die aus unserer Sicht notwendige landesweite Steuerung von Ausbildung, Quereinstieg, Stipendien für künftige Fachkräfte der Berliner Verwaltung und den weiteren Ausbau von Personalentwicklung haben wir hingewiesen und erläutert.

Impressum:

Hauptpersonalrat
für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten des Landes Berlin

Klosterstr. 47
10179 Berlin - Mitte

Telefon: (030) 9020-2226
hpr@hpr.berlin.de
www.hpr.berlin.de

V.i.S.d.P.: Daniela Ortmann, Vorsitzende

Kernaussage unsererseits:

kein Projekt der neuen Regierung wird ohne das richtige Personal in ausreichender Anzahl an der richtigen Stelle und in guter Zusammenarbeit zwischen den Behörden eine Erfolgsgeschichte werden.

Abbildung 1 Gespräch zwischen Daniela Ortmann, Susanne Stecher und Franziska Giffey

Da gibt es also viel zu tun!
Am Ende stand die Verabredung: dies war das erste Gespräch, weitere werden folgen und sind schon terminiert…

Am **31.01.2022** hatten neben den Kolleginnen Ortmann und Stecher auch unsere Vorstandsmitglieder Annett Mattheus und Rolf Herrmann die Gelegenheit, in einen ersten Austausch mit der neuen **Senatorin für Bildung, Jugend und Familie** zu kommen.
An dem Gespräch nahm von der Dienststelle neben **Frau Busse** auch der **Staatssekretär für Jugend, Familie und Schuldigitalisierung, Herr Bozkurt**, teil.
Wir hatten einige Themen mitgebracht, z.B. alternierende Telearbeit für Schulsekretär*innen/Verwaltungsleitungen, „Brennpunktzulage“ aus dem Gute-Kita Gesetz, Verbeamtung von Lehrkräften, Digitalisierung an Schule.

Es war eine entspannte Atmosphäre, die Senatorin zeigte sich sehr interessiert und nahm diverse Themen mit. So stellte die Senatorin in Aussicht, die bestehenden Probleme bei der „Brennpunktzulage“ durch die Beschränkung der Zahlungen auf ein Jahr und nur für maximal 10 Prozent der Beschäftigten kurzfristig lösen zu können. Ein Erfolg hier wäre für die betroffenen Erzieherinnen und Erzieher sehr wünschenswert.
Leider gab es hinsichtlich der Telearbeit große Unterschiede in der Zielrichtung. Klar ist, dass die Rahmendienstvereinbarung über die alternierende Telearbeit ohne Einschränkung auch für Schulsekretariate und -verwaltungsleitungen gilt.

Organisatorische Probleme sind zu lösen, da braucht es sicher neue Ideen. Nach unserer Auffassung dient die Möglichkeit der Telearbeit u. a. der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, aber auch der Steigerung der Attraktivität des Arbeitsplatzes Schule. Wir werden an diesem Thema dranbleiben und versuchen hier Alternativen aufzuzeigen.

Deutlich wurde, dass das Thema Digitalisierung einen langen Atem und noch viel Kommunikation mit allen Beteiligten benötigt. Bereits die (Nicht) Verteilung der Surface Geräte an den Schulen macht dies deutlich, wobei gerade hier ein Grundstein für das weitere Voranbringen der „Schulen in der digitalen Welt“ gelegt wird.
Aus unserer Sicht lässt die Bildungsverwaltung leider jedwede konkrete Zielvorstellung einer digitalen Schule vermissen. Bei einem solchen Mammutprojekt ist die „Mitnahme“ der Kolleginnen und Kollegen ein zentraler Baustein, um die Akzeptanz zu stärken und Ängste abzubauen.

Beim Thema Verbeamtung von ca. 17.000 Lehrkräften steht fest, dass die Verwaltung vor enormen Herausforderungen steht. Es bleibt abzuwarten, ob und wie dieses „Großprojekt“ von der jetzt schon unterbesetzten Personalstelle umgesetzt werden kann. Die Mitarbeitenden in der Flottenstraße sind schon derzeit an ihrer Belastungsgrenze angekommen und benötigen für die Umsetzung breite Unterstützung.

Im Ergebnis waren wir uns einig, dass ein Erfolg in den vorgenannten Punkten allen Schulbeschäftigten zugutekämen, nicht zuletzt auch den Schülerinnen und Schülern. Aber bis dahin ist es noch ein langer Weg, an dessen Anfang wir nun stehen.

Am **02.02.2022** besuchte uns **Herr Ralf Kleindiek, Chief Digital Officer und Staatssekretär für Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung**. Insbesondere diese Zwei in Einem Funktion interessierte die anwesenden Vorstandsmitglieder; neben der Vorsitzenden und 1. stellv. waren dies Francisca Bier und Andreas Hellwig. Der Vorstand des HPR hatte in den vergangenen Jahren einen intensiven Austausch sowohl mit Sabine Smentek als auch mit Dr. Frank Nägele und keinesfalls den Eindruck, diese beiden seien mit Arbeit unterversorgt.

Herr Kleindiek versuchte unsere Zweifel zu zerstreuen und gab sich zupackend, hoch motiviert und entscheidungsfreudig. Wir haben uns intensiv über die zweigliedrige Verwaltung, mangelnde Steuerung, Verantwortungspingpong, Ressortzuständigkeiten, Geldmangel versus Digitalisierung und die Wirksamkeit von Zielvereinbarungen ausgetauscht. Schnell war klar, dass bei vielen seiner Themen der HPR zuständig ist bzw. schon involviert war. Daher wurde einvernehmlich ein monatlicher Austausch vereinbart.

Der letzte Antrittsbesuch in dieser Woche führte unsere Kolleginnen Ortmann, Stecher und Bier am **03.02.2022** zu der neuen **Staatssekretärin für Personal und Haushalt, Frau Borkamp,** in die Senatsverwaltung für Finanzen.
Die Staatssekretärin beginnt ihre neue Tätigkeit direkt mit den Haushaltsberatungen als festgelegtem Schwerpunkt. Das Thema Personal sei ebenfalls ein elementarer Bestandteil für sie, dass sie mit einer klaren Haltung und Linie in Angriff nehmen will, sobald der Haushalt steht. Die Phase des vorläufigen Haushalts solle möglichst kurzgehalten werden, wird sich aber nach ihrer Einschätzung noch mindestens bis in den Mai/Juni hinziehen. Inhaltlich konnte hier noch kein großer Austausch stattfinden, allerdings machten wir deutlich, dass nicht beim Personal gespart werden darf. Und dass Personalthemen nicht bis dahin warten werden.
Wir streiften die Themen Stellenbedarf, -besetzung und Personalausstattung. Am Beispiel der unbesetzten Stellen in den Bezirksämtern (ca. 7-17% <) stellten wir gemeinsam fest, dass es nicht um ein pauschales Mehr an Stellen geht. Ziel muss sein, die „richtigen“ Menschen für den öffentlichen Dienst zu gewinnen und zu halten, insbesondere in den Mangelbereichen. In diesem Zusammenhang nahmen wir auch Frau Borkamps Stichwort „Karrierelaufbahn“ mit großem Interesse auf, denn Personalentwicklung geht einher mit einem attraktiven Arbeitgeber. Die eingeführten Musterstellenbewertungen wurden bisher positiv aufgenommen, trotzdem bleibt zu kontrollieren, ob es trotzdem „Ungleichgewichte“ zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen gibt.
Die Verbeamtung von Lehrkräften war auch bei Frau Borkamp ein Thema. Sei teilte uns mit, dass die Senatsverwaltung für Finanzen diesen Prozess eng begleitet: Eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wurde eingerichtet und trifft sich bereits regelmäßig.
Große Herausforderungen stellen die Umsetzung in der Personalstelle sowie die notwendigen medizinischen Untersuchungen für die Verbeamtung dar.

Wie die zentralen medizinischen Gutachterstellen dieses leisten sollen, bleibt – angesichts jetzt schon bestehender Terminknappheit - abzuwarten.
Das Problem bei der Umsetzung der „Brennpunktzulage“ nach dem Gute-Kita Gesetz in den Kita-Eigenbetrieben wurde kurz andiskutiert und als Baustelle mitgenommen.
Mit dem beidseitigen Wunsch einer guten Zusammenarbeit und eines guten Austauschs, verabredeten wir regelmäßige Treffen und bei Bedarf auch mal „den kurzen Dienstweg“.
Ein gelungener Auftakt…

Was noch mitgeteilt werden muss…

Da nach dem Gespräch mit Frau Borkamp erkennbar war, dass sich die **Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes** nicht so leicht ändern wird, wie wir das erwartet hätten, haben wir mittlerweile beide Dienststellen (auf Staatssekretärsebene) angeschrieben und unsere Rechtsauffassung dargelegt. Die Bundesmittel unterliegen keiner Beschränkung auf 10% der in Brennpunkt-Kitas tätigen Beschäftigten, dies ist eine Landesregel, die noch dazu bei der Berliner Zulagengewährung bei Brennpunkt*schulen* auch keine Rolle spielt. Und der Gewährungszeitraum im Gesetz von 18 Monaten sollte ebenfalls umgesetzt werden, dies ist auch verwaltungsökonomischer.

Stich- und schnitthemmende Handschuhe – Initiativantrag des HPR

In der Justizverwaltung und im Maßregelvollzug fehlen den Beschäftigten in ihrer Grundausausstattung schnitt- und stichhemmende Handschuhe. Messer bzw. scharfe Gegenstände sind leider regelmäßige Gefahrenquellen für die Beschäftigten in den Bereichen der Gerichtsbarkeit sowie in allen Justizvollzugsanstalten. Der HPR hat daher in seiner Sitzung am 15.02.22 den Initiativantrag beschlossen, die erwähnten Handschuhe als Grundausstattung für jede/jeden Beschäftigte/n von der Dienststelle aufnehmen zu lassen. Eine Ausstattung wie derzeit von einem Paar für mehrere Beschäftigte ist abzulehnen, weil unzumutbar, die Gründe dafür brauchen wir wohl nicht aufzuführen.

Ein neuer Doppelhaushalt ist noch nicht beschlossen, aber die ersten Auswirkungen bekommen die Beschäftigten schon mal zu spüren:

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie teilte uns mit, dass im nächsten Schuljahr ca. **ein Drittel (!) der vorgesehenen Maßnahmen in der berufsbegleitenden Weiterbildung gestrichen** werden (müssen). Wobei uns nicht dargelegt wurde, inwieweit die Verantwortlichen ihre Einsparungen priorisiert oder untereinander abgewogen oder gleichmäßig auf alle Bereiche in der Bildung verteilt haben.

Die Mitteilung ist schon sehr erstaunlich, da die bislang geplanten Maßnahmen entsprechend dem Bedarf an den Schulen geplant und eingerichtet wurden. Ist dieser nun also im nächsten Schuljahr plötzlich nicht mehr vorhanden?

Wir sind ob der Entscheidung sehr irritiert und können hier nur unser Unverständnis kundtun. Vor dem Hintergrund des Anspruchs an die Bildung und Erziehung unserer Schüler*innen mit qualitativ gut ausgebildeten Pädagog*innen ist diese Streichung nicht nachvollziehbar. Somit werden nicht nur Beschäftigte in ihrer beruflichen Weiterentwicklung gehemmt, sondern letztlich wieder die Jüngsten in unserer Gesellschaft zum Opfer der Sparmaßnahmen.

Daniela Ortmann/ Susanne Stecher/ Francisca Bier
Vorsitzende/ 1. stellv. Vorsitzende/ 2. stellv. Vorsitzende